



## 115700 geringfügig Beschäftigte in Duisburg und am Niederrhein

### Raus aus der Minijob-Falle

Damit der 450-Euro-Job nicht zur Falle wird: Die rund 115700 Minijobber in Duisburg und am Niederrhein sollen bessergestellt werden. Das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Die IG BAU schlägt dazu eine Reform der geringfügigen Beschäftigung vor. Demnach sollen Minijobs schon ab dem ersten Euro in die Sozialversicherung einbezogen werden. „Minijobs waren als flexible und vorübergehende Lösung gedacht. Aber für viele Beschäftigte – etwa in der Reinigung – sind sie langsam zum Dauerzustand geworden, aus dem sie nicht mehr herauskommen“, sagt Karina Pfau von der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Eine Reform sei deshalb „mehr als überfällig“.

Nach aktuellen Angaben der Arbeitsagentur arbeiten in Duisburg und am Niederrhein allein in der Gebäudereinigung rund 6550 Minijobber. „Viele von ihnen haben seit Jahren keine Chance auf eine reguläre Stelle. Wegen fehlender Sozial- und Rentenbeiträge sind sie stark von Altersarmut bedroht“, betont die IG BAU-Bezirksvorsitzende. Betroffen seien insbesondere Frauen.

Die IG BAU will gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) erreichen, dass der Chef künftig auch für einen Verdienst unter 450 Euro Sozialabgaben zahlen muss. Die Gewerkschaft fordert eine neue „Gleitzone“ bereits vom ersten Euro an: Demnach sollen Arbeitgeber bei geringen Verdiensten zunächst den Großteil der Sozialabgaben tragen. Erst bei einem Monatsverdienst ab 850 Euro soll gelten: Chef und Arbeitnehmer zahlen zu gleichen Teilen.

Karina Pfau nennt ein Beispiel: „Wer genau 450 Euro verdient, der müsste nach dem Modell 13 Prozent Sozialabgaben bezahlen – der Chef trägt dagegen 29 Prozent.“ Für die Minijobber bringe das eine bessere soziale Absicherung. Für die Unternehmen steige der Anreiz, prekäre Jobs durch vollwertige Stellen zu ersetzen, so die Gewerkschafterin.

Und auch für Rentner oder Studenten, die sich etwas hinzuverdienen wollen, bleibe das Modell attraktiv. „Durch den geringen Beschäftigten-Anteil bei den Sozialabgaben lohnt sich der Zuverdienst gerade unterhalb von 450 Euro weiterhin. Zusätzlich erwerben sie höhere Ansprüche für eine Rente oder Arbeitslosigkeit“, sagt Pfau.

### Lokalkompass

## IG BAU fordert mehr bezahlbare Wohnungen in Metropolen

Frankfurt am Main, 02.04.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert angesichts der stark gestiegenen Pendlerzahlen ein Umdenken in der Wohnungsbaupolitik. „Menschen und Umwelt leiden unter einer lange sträflich vernachlässigten Wohnungsbaupolitik. Die Quittung erhalten wir jeden Morgen und jeden Abend auf den Straßen. Bald geht in den Stoßzeiten nichts mehr“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers anlässlich der heute vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vorgelegten Pendlerzahlen

„Es war ein Fehler, die Wohnungen der öffentlichen Hand zu privatisieren und es war genauso verkehrt, die Wohnungsfrage viel zu lange dem Markt zu überlassen. Die Pendlerzahlen belegen: Jetzt ist es höchste Zeit umzusteuern. Wir brauchen eine Politik mit dem Ziel, bezahlbares Wohnen auch in Metropolen und Ballungsräumen zu ermöglichen. Die öffentliche Hand muss deshalb zurück zur Objektförderung für bezahlbaren Wohnraum. Nur so kann sie ihre Steuerungswirkung auf Mietpreise und deren Entwicklung wahrnehmen.“

Laut Zahlen des BBSR pendelten 2016 bundesweit 60 Prozent der Beschäftigten zu ihrer Arbeit an einen anderen Ort. Im Jahr 2000 waren es erst 53 Prozent. Auffällig ist, in Städten mit sehr hohen Mieten wie München oder Frankfurt/Main müssen besonders viele Menschen zum Job pendeln.

„Es ist doch klar, dass die Pendlerzahlen steigen, wenn selbst Normalverdiener wegen hoher Mieten aus den Städten wegziehen müssen. Pendeln verursacht nicht nur gesundheitsschädlichen Stress bei den Betroffenen. Es belastet auch die Umwelt. Was nützen Arbeitszeitverkürzungen oder Flexibilisierungen, wenn sie durch überlange Fahrzeiten wieder aufgebraucht werden“, sagte Schäfers.

„Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Wien. Dort leben 62 Prozent der Einwohner in geförderten Wohnungen

### Lokalkompass



## IG BAU fordert eindeutige Ablehnung der Dienstleistungskarte

Frankfurt am Main, 31.03.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert den Deutschen Bundesrat auf, die von der EU-Kommission geplante Dienstleistungskarte abzulehnen. „Die Dienstleistungskarte wurde am grünen Tisch ausgedacht und übersieht die schädlichen Wirkungen in der Praxis.

Bei den Planungen wurden die Sozialpartner übergangen. Die Dienstleistungskarte leistet Dumping, Schwarzarbeit und unfairen Wettbewerb Vorschub“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers, der gleichzeitig Präsident des Verbands der europäischen Baugewerkschaften ist.

„Der Bundesrat muss deshalb verhindern, dass die Dienstleistungskarte eingeführt wird. Wir brauchen keinen deregulierten Binnenmarkt auf Kosten der Beschäftigten, sondern ein faires Europa, das die Sozial- und Arbeitsstandards stärkt.“

Die IG BAU kritisiert an den Plänen der EU-Kommission insbesondere, dass durch die Dienstleistungskarte Scheinselbstständigkeit gefördert und Arbeitskontrollen stark erschwert werden. Denn die Behörden des Herkunftslandes spielen eine entscheidende Rolle bei der Überprüfung, ob die Voraussetzungen ordentlicher Beschäftigung vorliegen, wie beispielsweise die Berufsqualifikation oder notwendige Versicherungen.

„Die Bauwirtschaft ist ohnehin schon extrem von Schwarzarbeit betroffen. Diesen Sumpf müssen wir trocken legen und nicht nachträglich legalisieren. Für saubere Arbeitsbedingungen ist Voraussetzung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, sagte Schäfers.

Anfang dieses Jahres hatte die EU-Kommission ihr Dienstleistungspaket vorgestellt, zu dem auch die Dienstleistungskarte gehört. Geplant war, dass die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen damit gestärkt werden soll. Die Ausgestaltung zielt jedoch auf eine Einführung des Herkunftslandprinzips durch die Hintertür ab.

Lokalkompass

## IG BAU teilt Kritik des IG BCE-Chefs an Vorschlag zu Verdienstentscheidung in Hauptversammlungen

Frankfurt am Main, 29.03.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unterstützt das Ziel der Bundesregierung, Exzesse bei Managergehältern zu unterbinden, hält den vorgeschlagenen Weg über die Hauptversammlung jedoch für verfehlt.

Gleiches hatte bereits der IG BCE-Chef Michael Vassiliadis kritisiert. „Manche Konzerne zahlen Top-Managern mehr als das Hundertfache als einem Arbeiter. Das ist weder gerecht noch nachvollziehbar“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Die Idee aber, dass Hauptversammlungen solche Übertreibungen verhindern könnten, ist ein stumpfes Schwert. In der Praxis entscheiden dort allein die Großaktionäre nach ihren Interessen. Zielführend wäre es, die Vergütungsfrage weiterhin im Aufsichtsrat zu belassen, die Abstimmung jedoch zu regeln, dass die dort vertretenen Arbeitnehmer wirklich die Chance haben, Gehalts-Exzesse zu verhindern.“

Die IG BAU schlägt konkret vor, dass das doppelte Stimmrecht der Aufsichtsratsvorsitzenden bei Abstimmungen über Vergütungsfragen entfällt und zudem die Festsetzung der Managergehälter mit Drei-Viertel-Mehrheit erfolgt.

„Wenn die Arbeitnehmerseite bei der Gehälterfrage nicht per Doppelstimme des Aufsichtsratschefs einfach übergangen werden kann, zwingt dies die Mitglieder des Gremiums, die Frage inhaltlich tiefer zu diskutieren, als es derzeit die Regel ist“, sagte Schäfers.

„Die Überlegungen hierzu und die Vergütungshöhen sollten darüber hinaus den Aktionären gegenüber transparent gemacht werden. Auf Hauptversammlungen sollte das Thema Vergütung deshalb immer auf der Tagesordnung stehen müssen.“

Lokalkompass



## IG BAU fordert einen Kurswechsel in der EU-Politik

Frankfurt am Main, 29.03.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Politik auf, den Wildwuchs des EU-Binnenmarktes zu zähmen. Anlässlich des heute von der britischen Regierung eingereichten Antrags auf Austritt aus der Europäischen Union sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger: „Der Schritt Großbritanniens ist ein Tiefpunkt in der 60-jährigen Geschichte Europas. Er darf nicht zum Vorbild für weitere EU-Staaten werden.“

Deshalb brauchen wir einen Kurswechsel der EU-Politik. Schöne Worte überzeugen niemanden, wenn ihnen keine Taten folgen. Es ist überfällig, wieder die Bürger in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen. Wirtschaftsfreiheiten dürfen nicht länger über den Rechten der Menschen stehen. Ihnen ist mit Leistungen in der Vergangenheit nicht geholfen. Was sie von Brüssel erwarten, ist ein Bekenntnis zu sozialen Pflichten, aus dem eine gute Perspektive für ihre Zukunft und die ihrer Kinder folgt.“

Die IG BAU fordert insbesondere das Ende einer EU-Politik, bei der die Binnenmarktfreiheit gegenüber sozialen Aspekten stets Vorrang genießt. Diese Schwerpunktlegung behindert eine weitere Integration der Staatengemeinschaft.

Die Möglichkeit großer Unternehmen, sich teils über Briefkastenfirmen, aus allen Mitgliedsstaaten die für sie günstigsten Regelungen herauszupicken, schadet nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern langfristig der Wirtschaft selbst.

„Der Austrittsantrag Großbritanniens kann den Anfang vom Ende der EU markieren. Er kann aber auch ein Wendepunkt für eine bessere, gerechtere EU werden“, sagte Feiger. „Es ist klar, dass wir eine EU wollen. Aber eine, von der alle etwas haben. Leider gibt es immer noch Betonköpfe in der EU, die meinen, sie könnten trotz Brexit weiter machen wie bisher. Wir streiten dafür, dass sich diese Besitzstandswahrer nicht mehr durchsetzen.“

Lokalkompass

## IG BAU fordert stärkere Rolle Deutschlands im Klimaschutz

Frankfurt am Main, 29.03.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ruft die Bundesregierung auf, in der Klimapolitik mehr Verantwortung zu übernehmen. Anlässlich des von US-Präsident Donald Trump eingeleiteten Ausscherens der USA aus dem internationalen Klimaschutz, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers:

„Der Erlass des US-Präsidenten Trump ist ein herber Rückschlag im internationalen Bemühen, die Klimaziele zu erreichen. Die Gefahr einer weltweiten Klimakatastrophe wird dadurch gesteigert. Trump zerstört das Image der USA als Vorbild für eine zukunftsgerichtete Nation und erleichtert es Lobbyisten in anderen Ländern, auf ihre Regierungen Druck auszuüben, dem schlechten US-Beispiel zu folgen. Am Ende müssen unsere Kinder und Kindeskiner mit den Folgen dieser ignoranten Klimapolitik leben.“

Am heutigen Dienstag hat Trump die noch von seinem Vorgänger Barack Obama veranlassten Umweltvorschriften per Erlass ausgehebelt. Kritiker sehen darin eine Abkehr von den Klimazielen, die sich die USA gesetzt haben. Befürchtet wird in der Folge auch eine Kündigung der US-Zusagen im Pariser Klimaabkommen.

„Unter Trump verabschieden sich die USA von vielen ursprünglich durch gemeinsame Werte und Haltungen getragenen Zielen. Der sprunghafte Politikstil des ersten Mannes in den USA erschüttert das Vertrauen in die Verlässlichkeit amerikanischer Politik“, sagte Schäfers.

„Gemeinsam mit der EU muss Deutschland deshalb stärker aktiv werden, um das sich abzeichnende Vakuum im Sinne von Menschen und Umwelt zu füllen. Wir brauchen weltweite Vorbilder, wie Klimaschutz dank Innovationen sozial, ökologisch nachhaltig und auch wirtschaftlich gestaltet werden kann.“

Lokalkompass